



Tagesfrage heute

Soll man Jugendlichen das Rauchen nikotinfreier E-Zigaretten verbieten?

A Ja B Nein

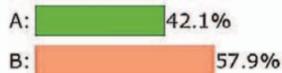
Stimmen Sie online ab unter der Rubrik «Mitmachen»

■ www.aargauerzeitung.ch
 ■ www.baselandschaftliche.ch
 ■ www.bzbasel.ch
 ■ www.grenchnertagblatt.ch
 ■ www.limmattalerzeitung.ch
 ■ www.solothurnerzeitung.ch

oder schicken Sie ein SMS mit aztfa für «Ja» oder aztfb für «Nein» an 2222 (20 Rp./SMS)

Ergebnis letzte Tagesfrage

Soll Tabakwerbung weiter eingeschränkt werden?



VIDEO DES TAGES



Frank-Walter Steinmeiers Wutrede wird zum Youtube-Hit.

Presseschau

Süddeutsche Zeitung

Erdgasgeschäft Russland - China
 Nach mehr als einem Jahrzehnt Energieboom steht Russland immer noch da als ein Land, das ausser Rohstoffen nicht viel anzubieten hat für den Welthandel. Der Beitrag des Energiegeschäfts zum russischen Staatshaushalt ist unter Putin immer weiter gestiegen – ein Zeichen dafür, dass das Gegenteil von Modernisierung stattgefunden hat. Nun beginnen die Preise, die Russland für diese Rohstoffe bekommt, zurückzugehen. Das zeigt der Vertrag von Shanghai. Ein Land, das gezwungen ist, Gasverträge abzuschliessen, die für den eigenen Haushalt schädlich sind? Bis gestern war das die Ukraine. Nun hat Wladimir Putin sein eigenes Land in diese Lage gebracht.

Frankfurter Rundschau

Afrikanpolitik Die Länder brauchen humanitäre Hilfe zur Verhinderung von Hungersnöten. Und auch militärische: Nur französischen Soldaten hat die Bevölkerung Nordmalis ihre Befreiung von islamistischen Terroristen zu verdanken. In Zentralafrika können ausländische Soldaten ein zweites Ruanda verhindern.

Das Wetter heute

12° 21°



Gastbeitrag über jene Kreise, die systematisch die Mobilität behindern

Verkehr kollabiert, wir machen nichts



Andreas Glarner

Der Unternehmer aus Oberwil-Lieli ist Aargauer Grossrat und Fraktionspräsident der SVP.

■ **IM JAHRE 2013** wurden rund 21 000 Staustunden auf den Schweizer Autobahnen registriert. Zu einer prosperierenden Wirtschaft gehören auch und vor allem leistungsfähige Verkehrswege. Wir fahren aber auf allen wichtigen Zubringerstrecken nur einspurig Richtung Autobahn. Das ist ein absoluter Witz, denn einspurig führen wir schon im Postkutschenzeitalter. Die Autobahnen sind seit den 1960er-Jahren mehrheitlich nur zweispurig. Dabei wurden allein in den letzten zwölf Jahren eine Million mehr Motorfahrzeuge eingelöst – Tendenz steigend ...

KAUM ZU GLAUBEN, aber wahr: Im vollen Bewusstsein, dass es nur einen nicht ganz eingefahrenen Kran braucht, um den Verkehr im Mittelland für mehrere Stunden vollständig zum Erliegen zu bringen, unternehmen wir nichts. Dass Regierungs- und Bundesräte keinen Handlungsbedarf sehen, ist verständlich, denn man lässt sich chauffieren oder gar mit dem Helikopter von Termin zu Termin fliegen. Im Fond der Limousine lässt es sich bequem arbeiten und telefonieren. Kein Wunder, dass solchen Regierenden die realen Nöte der Autofahrer und Lastwagen-Chauffeure fremd sind und sie somit kein Verständnis für das dringende Anliegen eines Ausbaus der Infrastruktur haben.

DAFÜR SCHEINEN es sich gewisse Polizeikorps auf Anweisung ebendieser Regierungsräte geradezu zum Hauptgeschäft gemacht zu haben, Automobilisten, welche in einem Stau zum Handy greifen, mit exorbitant hohen Bussen und gar Ausweisentzug zu bestrafen ...

UND KOMMT DOCH mal wieder ein Projekt für einen dringend notwendigen Ausbau auf den Tisch, wird dieses durch das schändliche Tun einer links-grün-alternativen Clique mit ihren Helfern bekämpft. Denn es ist an der Tagesordnung, dass die gleichen Kreise, die bereits die Abstimmung gegen das Projekt verloren haben, dann einfach mittels Einsprache die Realisierung um Monate, meist gar um Jahre verzögern. Was hat das denn noch mit Demokratie zu tun?

DIE GRÜNEN, DIE SP, die GLP und ihre fromm- und weichsinnigen Helfer bekämpfen in Tat und Wahrheit ja gar nicht die Abgase, sondern die Mobilität. Würden wir also ab nächstem Jahr sämtliche Autos gegen Elektroautos eintauschen – glauben Sie ja nicht, dass dann die links-grün-

nen Systemverhinderer endlich ruhen würden. Nein, ganz im Gegenteil. Denen geht es nicht um die reine Luft, sondern einzig und alleine darum, unsere Mobilität und somit unsere Wirtschaft lahmzulegen.

WENN WIR UNS heute dazu durchringen könnten, die grössten Verkehrsprobleme zu beheben, würde es im Minimum 15 Jahre dauern, bis diese behoben wären. Darum muss doch jetzt endlich gehandelt werden. Bewilligungsverfahren müssen gestrafft werden. Wichtige Strassen müssen im Drei-Schicht-Betrieb erstellt und unterhalten werden. Die Vergaben müssen sich primär nach dem Kriterium der Bauzeit richten. Generell sind die Ausbaustandards zu hinterfragen. Sozialistische Arbeitszeitmodelle sind ausser Kraft zu setzen. Die Strassenbauer sollen Überzeit machen dürfen, damit nicht Tausende im Stau stehen und sich nicht dort ein Mehrfaches an Überzeit aufbaut. Es muss eine Vorfahrt für Wirtschaft und Arbeit geben!

DIE SCHWEIZERINNEN und Schweizer wollen doch nicht, dass unser Verkehrssystem und damit aber auch unsere Wirtschaft endgültig zum Erliegen kommt. Und genau darum müssen nun Politiker, die sich bürgerlich nennen, aber immer mit den rot-grünen Blockierern stimmen, entlarvt werden. 2015 ist Wahltag und somit Wahltag. Es gäbe ein wirksames Erfolgsrezept: Der Benzinzollzuschlag, welcher uns ja die exorbitant hohen Benzinpreise beschert, müsste pro Jahr um so viele Prozente sinken, wie die Staustunden steigen. Wetten, dass der Bundesrat plötzlich handeln würde?

Gastbeitrag zu einer familienpolitischen Studie aus dem Departement Sommaruga

Upps! Zu laut nachgedacht!



Marianne Binder

Die Autorin aus Baden war bis September 2013 Kommunikationschefin der CVP Schweiz. Sie ist Aargauer Grossrätin.

fen und finden, lautes Denken sei schliesslich nicht verboten. Richtig. Doch darf man wohl ebenso laut weiterdenken.

■ **GEMÄSS BUNDESAMT** für Statistik leben in der Schweiz ein paar tausend ledige Menschen mehr als verheiratete. Doch deswegen gleich die Familienpolitik umzupflügen, wie Bundesrätin Sommaruga das will, ist allein deshalb schon überhastet, weil zu den Ledigen auch die Kinder gezählt werden. Im heiratfähigen Alter stehen etwa dreieinhalb Millionen Verheiratete 1,8 Millionen Ledigen gegenüber. Also doppelt so viele. Scheidungen gehen leicht zurück, Hochzeiten nehmen zu. Die Ehe ist kein überholtes Modell. Wo also liegt die Rechtfertigung für ein Gutachten, das die Justizministerin ausgerechnet der Basler Rechtsprofessorin Ingeborg Schwenzer in Auftrag gegeben hat? Denn darin befinden sich unter einer durchaus nüchternen Auslegung so radikale Ideen, dass deren Umsetzung teilweise sogar einen Rückschritt bedeutet.

SO SOLL DAS Inzestverbot hinterfragt werden oder durch die Zuwanderung bedingt das Verbot der Polygamie. Letzteres hat denn auch prompt den Schweizer Konvertiten Qasim Illi samt der Burkaträgerin Nora Illi vom Islamistischen Zentralrat auf den Plan gerufen. Jubelnd über die aufkommende Morgenröte der Scharia in der Schweiz. Ein weiterer Vorschlag will alleine der biologischen Mutter das Recht zusprechen, zu bestimmen, wer und ob noch jemand Elternteil wird. Und zu guter Letzt sollen die Beziehungen in einer Art Beziehungsautomatismus der Ehe gleichgesetzt werden. Diese soll zum rein symbolischen Akt erklärt werden. Ringe wechseln und so. Mitwirkende des Gutachtens sind von Polemik und Kritik betrof-

DIE IDEE, Lebensabschnittspartnerschaften der Ehe gleichzustellen, bedeutet einen radikalen Umbau der Gesellschaft. Zumal die Trennungsräte wohl nicht kleiner wird, wenn sich die Beziehung anders nennt. Die Ehe ist als Gemeinschaft zwischen Mann und Frau in der Verfassung festgeschrieben und steht unter besonderem Schutz. Das Eherecht ist ein modernes Gesetzeswerk, das immer wieder renoviert wurde. Wenn weitere Anpassungen nötig sind angesichts der Tatsache, dass immer mehr Kinder in neuen Familienkonstellationen aufwachsen, dann müssen diese beim Kind ansetzen. Kinder haben keine freie Wahl. Man kann dort die Alimente erhöhen, wo dies im Einzelfall zum Schutz von Kind und Elternteil erforderlich ist, oder die Verfahren für das gemeinsame Sorgerecht von gemeinsamen Kindern in Konkubinatsbeziehungen erleichtern.

ABER ALLES KANN man nicht. Die Neigung, den Trend zur Norm zu erklären und den beliebigen Wunsch in ein Regelwerk zu giessen, führt zu einer immer grösseren Zersplitterung der Gesellschaft. Die Ehe ist alles andere als ein Auslaufmodell, sonst würde sich nicht die grosse Mehrheit nach ihr richten. Sie bildet mit ihren Werten eine wichtige Grundlage des Zusammenlebens und nicht die schlechteste.

NACHHALTIG und in gutem Sinne konservativ ist, dass man das Bewährte erst infrage stellt oder gar aufgibt, wenn das Neue besser ist. Das muss sich in einer Gesellschaft ohne die Tradition der Ehe erst beweisen.

Dohner



Tag 1 nach dem Rettungsschirm

■ Es ist der Tag nach dem Rettungsschirm. Wir sind in Faro, im Süden von Portugal. Das ganze Land feiert die Befreiung von Europa als Haushalts-Polizistin. Portugal war vor drei Jahren mit Krediten von 78 Milliarden Euro von der Troika (EU, EZB, IWF) vor dem Kollaps bewahrt worden. Seitdem fuhr die Regierung einen scharfen Sparkurs und verlangte der Bevölkerung viele Entbehrungen ab. Nun ist das (einstweilen) vorbei.

Am Rand der Altstadt feiert auch eine Gruppe Afrikaner. Matronenhafte Frauen grillieren Fleisch auf offenem Feuer, das kleine Bengel verwegens überspringen. Die Männer johlen, schreien Parolen, schwenken Transparente. Spanier in der nahen Fischbeiz glauben, irgendein Fussballsieg werde gefeiert. Aber es geht um Politik: Europapolitik, Migrationspolitik. Ein Abgeordneter im Europaparlament will in wenigen Tagen wiedergewählt werden. Dafür sind ihm alle Wähler recht. Und «recht» ist das Stichwort. Es handelt sich um eine bekannte Nase der Rechten: Alleança Portuguesa. Er schenkt den Afrikanern Kugelschreiber und Prospekte und lässt sich ablichten unter ihnen: Ein solches Foto vermittelt Toleranz. Der Mann aber wollte die Schwarzen immer zurück ins Meer treiben.

«Wir wissen es», sagt uns der Wortführer der Afrikaner. Die rechte Allianz Portugals sei im Grund deckungsgleich mit der MPLA. Die MPLA, einst eine stockkommunistische Befreiungsbewegung in Angola, ist heute der reinen Machterhaltung verpflichtet, autokratisch und korrupt. Er sei Portugiese, sagt der Afrikaner weiter, seit sieben Jahren; das verdankt er der Politik der damaligen Linksregierung. «Das war gut. Aber jetzt sind genug Immigranten da. Jetzt wirds eng. Sonst geht Europa bachab.»

Und seine Leute gehen zurück nach Afrika, wenn jener Mann gewinnt, dem er hier zujubelt. «Dann kommen wir einfach wieder», sagt der Afrikaner. Er hält dem Europapolitiker die Tür seiner Wahl-Limo auf; winkt ihm nach, dem scharfen Hund, der mit breitem Grinsen verschwindet.

max.dohner@azmedien.ch

Die Gastautoren

Andreas Glarner (Grossrat SVP/AG) und Marianne Binder (Pressechefin CVP Schweiz)

Katja Gentinetta (Publizistin/Moderatorin) und Elisabeth Schneider-Schneiter (Nationalrätin CVP/BL)

Sebastian Frehner (Nationalrat SVP/BS) und Susanne Hochuli (Regierungsrätin Grüne/AG)

Peter Hartmeier (Publizist) und Kurt R. Spillmann (Prof. em. für Sicherheitspolitik)

Anita Fetz (Ständerätin SP/BS) und Christian Wanner (a. Regierungsrat FDP/SO)

Marianne Binder (Pressechefin CVP Schweiz, Grossrätin AG) und Hans Egloff (Nationalrat SVP/ZH)

Georg Kreis (Prof. em. für Geschichte) und Peter V. Kunz (Prof. für Wirtschaftsrecht)

Pirmin Bischof (Ständerat CVP/SO) und Christine Egerszegi (Ständerätin FDP/AG)

Kenneth Angst (Publizist) und Oswald Sigg (ehem. Bundesratspräsident)